

Posener Zeitung.

Schlesische Zeitung.

Jahrgang.

Nr. 823.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Amfliches.

Berlin, 22. November. Der König hat den Landrat des Kreises Kalbe a. S., Dr. jur. Meier, zum Geheimen Regierung- und vorzügenden Rath im Ministerium des Innern, ferner den Amtsgerichtsrath Dr. Bischoff in Küstrin zum Landgerichts-Direktor in Cottbus, den Gerichts-Assessor Kühnau in Berlin zum Amtsrichter in Ratzow, den Gerichts-Assessor Kochler in Breslau zum Amtsrichter in Neustadt D.-S., den Gerichts-Assessor Schiller in Striegau zum Amtsrichter in Gleiwitz, und den Gerichts-Assessor Hillmeyer in Hattingen zum Amtsrichter derselbst ernannt; sowie dem Ersten Gerichtsschreiber, Sekretär Baas zu Berlin den Charakter als Rang- und Rath verliehen.

Der König hat dem Fabrikanten Fritz Leonhardi zu Minden den Charakter als Kommerzien-Rath verliehen.

Der Rechtsanwalt Schießkopf in Kauleben ist zum Notar für den Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Königsberg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Kauleben, und der Rechtsanwalt Goldberg in Neheim zum Notar für den Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Hamm, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Neheim, ernannt worden.

Dem Gerichts-Assessor Ammann in Straßburg ist die aus Anlass seines Eintritts in den Dienst der Reichs-Eisenbahnverwaltung nachgezogene Entlassung aus dem Justizdienst des Reichslandes ertheilt worden.

Deutlicher Reichstag.

21. Sitzung vom 22. November, 1 Uhr.

Gegangen ist ein zweiter Nachtragssatz. Die zweite Beratung des Staats wird fortgesetzt mit dem Satz des Auswärtigen Amtes.

Bei Titel 1 der dauernden Ausgaben (Staatssekretär 50 000 Mark) ergreift das Wort:

Abg. Richter: Bereits bei der ersten Sitzung habe ich angekündigt, daß die offiziöse Presse auch den Chef des Generalstabes, Grafen Waldersee, zum Gegenstand ihrer Angriffe macht. Ich erlaube mir nun die Anfrage an den Staatssekretär, ob irgend welche Anzeichen vorliegen, als ob der Chef des Generalstabes darauf ausgeht, die auswärtige Politik des Herrn Reichskanzlers oder des Herrn Staatssekretärs zu kreuzen oder irgend einen Einfluß höheren Ortes erkennt in einer anderen Richtung als diejenige ist, die der Politik des Reichskanzlers in auswärtigen Dingen entspricht. Sollte das der Fall sein, so würden wir alle Veranlassung haben, dagegen Verwahrung einzulegen, daß ein Einfluß auf die auswärtige Politik stattfindet von einer Seite, die diesem Hause nicht verantwortlich ist. Wir würden uns um so mehr dagegen zu verwahren haben, wenn dieser Einfluß in der Richtung sich geltend macht, die abweicht von der Friedenspolitik, die wir wohl Alle erhalten zu sehen wünschen. Ich bin meinerseits, wenn ich Nicht Anderes erfahre, überzeugt, daß dies alles Mythen sind. Um so willkommener muß es dem Herrn Staatssekretär sein, sich darüber auszusprechen, ob solche Einfüsse in irgendwie geltend machen, und wenn das, wie ich voraussehe, nicht der Fall ist, so bleibt nur die Frage offen, woher es kommt, daß gerade Organe der Presse, welche sich sonst in erster Linie die Aufgabe stellen, die Regierungspolitik des Reichskanzlers zu vertreten, ihrerseits solche Auffassungen im Publikum verbreiten.

Kriegsminister von Werdy du Vernois: Meine Herren! Der Befall hat mich hierhergeführt — das heutige Programm giebt mir ja keine Veranlassung — aber es ist mir lieb, daß mich gerade der Befall hergeführt hat, und nachdem diese Sache hier zur Sprache gebracht ist, will ich keinen Augenblick zögern, da es ein Mitglied der Armee betrifft, zu antworten. Ich betrachte diese ganze Erscheinung, welche sich in den letzten Monaten nach dieser Richtung hin abgespielt hat, als einen dunklen Punkt in unserer Presse, und ich stehe nicht an, ein derartiges Verfahren für frivol und für die Armee beleidigend zu erklären. (Lebhafte Beifall links.) Denn, meine Herren, es ist frivol, überhaupt Sacien zu erfinden, die nach unseren Begriffen gar nicht existieren können, es ist frivol, in diese Diskussion die höchsten Offiziere der Armee hineinzuziehen und sie in der allgemeinen Meinung zu diskreditieren. Es ist beleidigend für die Armee, wenn man ihr überhaupt zumutet, daß unter uns ein Geist bestehen könnte, der in irgend welche Opposition mit der Regierung Sr. Majestät zu treten vermöchte. Ich halte diese Bezeichnung in Aufsicht auf jede Presse aufrecht, die ein derartiges Verfahren bewußt durchführt, und es ist mir gleichgültig, welcher Partei sie angehört. (Lebhafte Beifall bei den Freisinnigen.)

Staatssekretär Graf v. Bismarck: Aus vollem Herzen kann ich mich den Ausführungen meines hochverehrten Herrn Kollegen anschließen. Nur wenige Worte will ich meinerseits hinzufügen. Der erste Herr Redner sprach von Mythenbildung, und Mythen bilden sich sehr leicht, wenn man einer Unrichtigkeit nicht ausdrücklich widerspricht. Es versteht sich von selbst, daß unsere auswärtige Politik Sr. Majestät der Kaiser leitet, der den Rath von denen nimmt, welche dazu berufen sind. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Richter: Es freut mich, diese Erklärung hervorgerufen zu haben. Es ist von keinem Theile der unabhängigen Presse eine solche Verdächtigung ausgegangen, weder der freisinnigen, noch der unabhängigen nationalliberalen, noch der unabhängigen konservativen, noch der Zentrumspresse. Diese ganzen Presseartikel hätten überhaupt nicht die Beachtung gefunden, wenn sie nicht ausgegangen wären gerade von solchen Presseorganen, von denen es natürlich ist, daß sie der Regierung zur Verfügung stellen. Was mich nötigt, diese Sache hier zur Sprache zu bringen, war auch der Eindruck, den dieser Umstand im Auslande hervorgebracht hat. Wir haben gesehen, daß diese Publikationen, die man mit dem Namen „Waldersee-Artikel“ belegt hat, im Auslande tatsächlich die geliebte Mythenbildung verursacht haben, so daß der Generalstabchef genötigt war, von seiner Nordlandreise aus ein Dementi gegen die an sich alberne Behauptung zu veröffentlichen, als ob er in einer Denkschrift eine alsdalmatische Mobilisierung gegen Russland bei dem Kaiser dranträgt habe. Ja, noch mehr! Der englische ministerielle „Standard“ enthielt eine Unterredung, die angeblich zwischen dem Reichskanzler und dem Kaiser von Russland bei der Anwesenheit des Lesters in Berlin stattgefunden hat, bei welcher der Kaiser von Russland geäußert habe, der Reichskanzler schiene nicht mehr auf die äußere Politik jenen Einfluß zu be-

sitzen wie früher, sondern es machten sich Nebenstimmungen geltend. Demgegenüber scheint durchaus nothwendig, daß nicht im Dunkeln zu lassen, sondern mit der Fackel der Offenlichkeit hier in die Sache hineinleuchten. Das war der Zweck meiner Bemerkung. Es steht sich die Sache nun so, daß wir ein neues Kapitel in der Geschichte des großen Unfanges der offiziösen Presse erlebt haben. Wenn die offiziöse Presse erstaunen sollte, gegen den Grafen Waldersee zu polemistiren, so mag sie das thun. Ich bin nicht dazu da, den Herrn Generalstabchef zu vertreten, das mögen seine politischen Freunde tun. Aber auch wir haben ein Interesse daran, uns dagegen zu verwahren, daß die offiziöse Presse in solcher Richtung die Polemik ausdehnt, wo sie geeignet ist, das Ansehen der Regierung und des Vaterlandes vor dem Ausland zu diskreditieren. (Lebhafte Beifall links.)

Damit schließt die Diskussion.

Der Titel wird bewilligt.

Tit. 2 enthält die Neuforderung für zwei vortragende Räthe (17 400 M.) und für einen ständigen Hilfsarbeiter (5700 M.). Staatssekretär Graf Bismarck: Wir haben einer sehr stark vermehrten Arbeitslast gegenüber und hier mit einer geringen Mehrförderung begnügt; die Herren sehen, wie sparsam wir mit den öffentlichen Geldern zu wirtschaften gewohnt sind. Unsere Forderungen sind außerordentlich bescheiden. Für die Eridigung der kolonialen Angelegenheiten behält die Thronrede eine besondere Vorlage vor. Die bisherige Organisation des Auswärtigen Amtes war für eine Administration in fernen Welttheilen nicht eingerichtet.

Abg. Dr. Windthorst: Das auswärtige Amt muß natürlich die Kräfte zur Verfügung haben, welche notwendig sind, um die Geschäfte ordnungsmäßig zu führen. Wenn wir aber eine neue Abteilung für das Kolonialwesen schaffen, so wird das seitens des Reichstags wieder ein neuer Schritt sein, um unsere Kolonialpolitik weiter zu festigen und fortzuentwickeln. Die bisherigen Resultate derselben muntern aber zu einer weiteren Ausdehnung nicht auf. Im Uebrigen haben meine Freunde und ich einen Antrag eingereicht, welcher für unser Kolonialwesen diejenigen Grundsätze zur Geltung bringen will, die beim Kongogesetz von allen Staaten vertragsmäßig international anerkannt sind, auch von Deutschland selbst. In der Budgetkommission war auch seitens der Regierung eine Billigung abgegeben, welche schließlich die Befriedigung unserer Wünsche ausspricht, aber in der That doch nicht bindend ist. Denn die dort kundgegebenen Verwaltungsmaximen können jeden Augenblick wieder abgeändert werden, wie wir in einer gesetzlichen Festlegung fordern. Wir müssen vor allen Dingen Garantie haben, daß die katholischen Missionen mit den protestantischen durchaus gleichberechtigt werden. Ohne diese gleichmäßige Behandlung beider Konfessionen würde ich gegen jede weitere Förderung der Kolonialpolitik stimmen müssen. Herrn Wissmann gegenüber haben wir bereits früher Verpflichtungen übernommen, und die für diese Zwecke nötig werdenden Ausgaben dürfen wir also nicht abweisen; ich erkläre aber, daß ich auch gegen die erste Bewilligung für Herrn Wissmann gestimmt haben würde, wenn ich achtwüßt hätte, daß man so engherzig in Bezug auf das katholische Missionswesen vorgehen würde. (Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär Graf Bismarck: Die Mehrforderungen sind durchaus nötig. Ob die Gesundheit der Herren, welche jetzt im Dienste mit der Eridigung dieser Angelegenheiten beschäftigt, darunter leidet, das kann ja den Herren hier im Grunde mehr oder weniger gleichgültig sein. Aber eine Schädigung der Interessen des Reiches würden Sie Ihren Wählern gegenüber nicht vertreten können und die Belastung der Beamten im Auswärtigen Dienste ist bereits an der Grenze des Menschenmöglichen angelangt. Ich möchte dann noch zur Erwähnung stellen, daß England und Holland bereits auf eine hundertjährige Kolonialentwicklung zurücksehen und also Resultate erzielt haben, die wir noch nicht aufzuweisen können. Unsere fünfjährige Kolonialpolitik erstreckt sich doch auf einen zu kurzen Zeitraum, um jetzt schon ein abstießendes und zwar verwerfendes Urteil über unsere Kolonialpolitik zu fällen.

Was die katholischen Missionen in den Kolonien betrifft, so kann ich mich nur dem anschließen, was auch seitens der Regierung in der Kommission schon erklärt worden ist, daß ihnen volle Freiheit der Aktion gewährt bleibt. Eine ausdrückliche Bestimmung aber über die Gleichberechtigung der Konfessionen in den Kolonien auszusprechen, erschien bisher entbehrlich, weil noch niemals eine Beschwerde eingegangen ist, daß eine Konfession irgendwie am Wettbewerb gehindert worden sei.

Abg. Richter: Es sind in den letzten Jahren so viel Mehrforderungen gestellt worden, daß es gerade keine Kunst ist, in diesem Jahre nicht ganz so viel mehr zu fordern. Der Herr Vorredner hat von der Gesundheitsgefähr für die Beamten des Auswärtigen Amtes gesprochen. Ja, es wäre ja sehr schön, wenn das die einzige Gefahr bei der Kolonialpolitik wäre, die den Herren Dezerrenten in Berlin droht; das verdächtige Klima der Kolonien erfordert doch wohl noch mehr Opfer. Die heutige Rede des Herrn Staatssekretärs war eigentlich überflüssig, da wir in diesem Falle alle einverstanden sind, den neuen Rath und den Registratur zu bewilligen, schon damit nicht gesagt wird, die Wirkungsweise der Kolonialpolitik seien die Folge dieser Nichtbewilligung der Registratur in Berlin. Wenn wir diese Stelle bewilligen, wird die Kolonialpolitik an sich nicht gebessert, weil sie auf einer absolut falschen Grundlage sich befindet und immer weiter auf dem falschen Wege geht. Wir wollen uns mit dieser Bewilligung durchaus für kein Kolonialamt präjudizieren. Man mag sonst in der Reichsverwaltung neue Ämter schaffen, z. B. einen selbständigen Reichsfinanzminister einführen. (Herr Richter.) Aber hier liegt die Sache anders. Wir meinen, je mehr die Kolonialpolitik getrennt wird von dem Auswärtigen Amt und der persönlichen Überleitung des Herrn Reichskanzlers entzückt wird, um so gefährlicher wird sie; dann ist es weit schwieriger für den Reichskanzler, wenn die Kolonialpolitik sich in eine Sackgasse verirrt hat, wie bei den Karolinen und bei Samoa, durch seine ihm nur eigene Geschicklichkeit sic in andere Bahnen zurückzuleiten, so daß wir schließlich noch mit einer Schramme davonkommen.

Wie wir zur Kolonialpolitik stehen, wissen Sie. Ich vermeide es überhaupt, von Kolonialpolitik in solcher Allgemeinheit zu sprechen wie der Herr Vorredner, der gleich Jahrhunderte weite Ausläufe eröffnet hat. Mit solchen Allgemeinheiten beweist man nichts. Man erwacht nur den Eindruck, daß man die großen Unterschiede, die z. B. zwischen Indien und unseren Kolonialländern bestehen, noch nicht ganz erfaßt hat. Wenn die Sache so läge, wie in den vor Jahrhunderten gegrün-

Inserate werden angenommen in Preußen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei Gal. Ad. Schles. Hof. Gr. Gerber u. Breitestr. Ede, Otto Pickels in Firma J. Hermann, Wilhelmplatz 8, in Quedlinburg bei J. Matthies, in Breslau bei J. Jodlau u. bei den Inseraten-Almanachfestellen von G. J. Hanke & So., Hasenstein & Vogler, Rudolf Moos und „Invalidenhaus“.

Sonnabend, 23. November.

1889.

Inserate, die sechsgesparte Petitionen oder deren Raum in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendaufgabe 30 Pf., auf bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendaufgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenauflage bis 5 Uhr Nachtm. angenommen.

deinen Kolonialstaaten, dann wären die Schutzgebiete nicht Jahrhunderte lang herrenlos geblieben.

Die ungünstigen Erfahrungen, die Herr Windthorst seit vorigem Jahre gemacht hat, wo er bei der großen Bewilligung für die Regierung stimmte werden sich im Laufe der Zeit noch verstetigen. Die Herren versprechen sich zu viel von der Bekämpfung der Sklaverei und Verbreitung des Christenthums in Afrika, weil sie noch beeinflußt sind durch die Schilderung des Kardinals Lavater. Dieser hat aber Anschaungen, welche er in Ostafrika gewonnen hatte, mit Unrecht auf Ostafrika übertragen. Vor einem Jahre wurde die Sache als ganz leicht hingestellt. Jetzt sind schon Millionen auf Millionen aufgewandt, ohne daß auch nur an der Küste von Ostafrika etniaresen die Sicherheit hergestellt wäre. Nach so vielen Siegen ist es überall ebenso unsicher wie früher, sobald die Wissmannschen Truppen sich entfernt haben. Selbst der kleine Küstenstrich zwischen Dar-es-Salam und Bagamoyo ist unsicher, sowie die Wissmannschen Truppen nicht dort sind.

Gewiß müssen alle Konfessionen bei den Missionen gleich behandelt werden, nur darf man nicht glauben, daß die Kolonialpolitik irgend eine Missionengesellschaft schützt. Bis jetzt haben die Erfahrungen das entgegengesetzte gelebt. Die Missionstationen in Südwest-Afrika sind nach der deutschen Klagerufung viel weniger geächtet wie früher, weil der Streit über die Hobelstreitze sie in eine unschöne Lage gebracht hat, ohne daß das Reich sie schützen kann. In Ostafrika sind seit der Einführung der Kolonialpolitik die Missionen aller Länder und Konfessionen überfallen, niedergebrannt, die Missionare gefangen, und wenn willst du eine Mission eintreten solltest, wird es Jahrzehnte dauern, bis die Missionstätigkeit auch nur in dem Maße hergestellt wird, wie sie bisher stattgefunden hat. Die Missionstätigkeit besteht allein viel leichter, als wenn die Landsleute der Missionare zumeist als Herrscher auftreten und die ganzen Verhältnisse umstürzen. In Kamerun und im Togogebiete, wo noch keine Missionstätigkeit besteht, wird die Einführung einer solchen beeinträchtigt durch den Brantwein, der viel mehr verdünnt ist, als diese Tätigkeit gut machen kann. (Beifall links.)

Staatssekretär Graf Bismarck: Der Herr Vorredner hat meine Ausführungen falsch wiedergegeben. Es hat sich nicht um ein solides Amt, sondern um eine allgemeine Abteilung des Auswärtigen Amtes gehandelt. Ich habe auch nicht gesagt, daß, wenn durch Mangel an Beamterpersonal die Gesundheit des vortragenden Raths wegen Überhäufung der Geschäfte litt, das auf die Wähler Eindruck machen würde, sondern daß bei einem Mangel von Beamterpersonal die Geschäfte schlecht betrieben würden.

Auf die allgemeinen Ausführungen des Herrn Vorredner gehe ich nicht ein, ihn zu überzeugen ist doch unmöglich.

Abg. Dr. Windthorst (Bentum): Ich halte es für gut, daß die Kolonialpolitik dauernd unter dem unmittelbaren Einfluß des Reichskanzlers geführt wird, und daß nicht ein Kolonialamt dazwischen eingeschoben wird. Die Erklärungen des Staatssekretärs über das Missionenwesen haben uns leider nicht befriedigen können. Wir müssen verlangen, daß die Gleichberechtigung der Konfessionen in die Gesetzgebung der Kolonien hineingeschrieben wird. Die internationales für das Kongogebiet auch von Deutschland anerkannten Grundsätze sollen auch für unser deutsches Schutzzettel maßgebend sein. Die Formel von der Gleichberechtigung der Konfessionen an sich bedeutet für mich wenig, nachdem wir gesehen haben, daß in Deutschland selbst dann noch von einer angedeuteten Behandlung der Konfessionen gesprochen wird, wenn das ganze katholische Ordenswesen vernichtet ist. Daß die Ordensleute Angehörige des deutschen Reiches seien, halte ich für wünschenswert, aber nicht für eine unumgängliche Bedingung. Denn man hat den Orden die Gelegenheit genommen, sich Nachwuchs zu ziehen. Auch stellen England und Holland diese Bedingung nicht. Ich kenne auch keine nationalen Kirchen, sondern nur eine Universalkirche. Alle Ordensmissionen stehen unter der Propaganda in Rom und empfangen von dort ihre direkten Ordre, soll das für unsere Koloniegebiete ausgeschlossen werden? Geben Sie uns gesetzliche Garantien; eher bewilligen wir die Mehrforderungen für die Kolonialbestrebungen nicht.

Staatssekretär Graf Bismarck: Im Ostafrika besteht doch ein ganz beständigtes Verhältnis. Dort ist die Leitung der Missionen einer apostolischen Vicar unterstellt. Daß freilich die Missionen der Propaganda in Rom unterstellt sein sollen, darüber wird es schwerlich zu einer Einigung zwischen uns und Herrn Windthorst kommen.

Abg. Dr. Hammacher: Ich will nur der Annahme des Abg. Richter widersprechen, daß die Bewilligung dieser Mehrforderungen präjudiziert wäre für die Stellungnahme zur Errichtung eines Kolonialamts. Es handelt sich bei diesen beiden Posten um Entlastung überaus beschäftigter Beamten und darum, daß auf die Dauer Angelegenheiten von so außerordentlich rechtlicher und wirtschaftlicher Bedeutung und Tragweite nicht sozusagen durch Nebenreferate erledigt werden können.

Abg. Dr. v. Frege (Lons.): Wir müssen der Regierung für die strikte Durchführung der Parität dankbar sein und hoffen, daß auch unsere evangelischen Missionare überall die freundliche Aufnahme und Unterstützung finden werden für ihr mühsames und schwieriges, wenn auch vielleicht nur langsam fortscirendes Werk der Kultur. Die Erklärungen der Regierung darüber hier und in der Kommission hätten auch Herrn Windthorst genügen können und von großen Misserfolgen der Kolonialpolitik zu sprechen, wie Herr Richter heute tut, ist doch nicht zulässig. Wir könnten bis heute in der kurzen Zeit auf schnelle Erfolge nicht rechnen, und sind darum über deren Ausbleiben auch nicht enttäuscht. Wenn Herr Richter Zeit gesucht hätte, neden seinen gründlichen Statistiken auch einmal die Staats von England aus dem vorigen Jahrhundert durchzusehen, so würde er sich daraus überzeugt haben, daß solche vorübergehenden Krisen, wie sie einzelne deutsche Kolonien vielleicht durchzumachen gehabt haben, auch den englischen Kolonien durchaus nicht erspart geblieben sind. Wir stehen gegenüber der Thatsache einer Ebbe- und Flutbewegung. Es wäre aber kleinmütig und der deutschen Nation unwürdig, wenn man aus solchen vorübergehenden Stockungen und Stauungen Anlaß nehmen wollte, die ganze Kolonialpolitik der Zukunft danach zu beurtheilen. In einer Hinsicht könnte Herr Richter uns sehr gut unterstützen, denn hinter ihm stehen sehr potente Kräfte (Oho! links), wenn er nämlich an seinem Theile dazu mitwirken wollte, daß das deutsche Kapital unserer Kolonialbewegung folgen wollte. Es wäre das besser, als wenn da

deutsche Kapital sich für russische und ähnliche Werthe interessirt, die uns doch ferner liegen, als das Gedeihen unserer deutschen Kolonien. Wenn man den deutschen Regierungen den Vorwurf machen soll, daß sie hier und da zögernd vorgegangen sind, so liegt es daran, daß die deutschen Kapitalisten noch mehr zögernd der Kolonialbewegung gefolgt sind. Wir haben hier eine Wässerscheu bemerkt, die dem hanseatischen Geist unserer deutschen Nation sonst nicht entspricht.

Abg. Richter: Der Grund der Zurückhaltung des deutschen Kapitals ist klar; es geht eben nur dahin, wo etwas zu holen ist. So dachte übrigens, es gäbe auch unter den Freunden des Abgeordneten Frege, unter den Herren Großgrundbesitzern, durchaus eben so votante Leute, die sich eben so gut mit Kolonialpolitik beschäftigen könnten. Wenn sie es nicht thun, werden sie wohl keinen Vortheil dabei sehen.

Der Herr Staatssekretär hat mehrmals von einer selbstständigen Verwaltung der Abteilung für die Kolonien gesprochen. Da möchte ich mir doch die Frage an die verbündeten Regierungen erlauben, ob es im Blane liegt, ein selbständiges Kolonia als Amt zu bilden, das vielleicht auch einen besonderen Staatssekretär noch an seiner Spitze hätte?

Staatssekretär Graf Bismarck: Wir wollen mit der Bildung einer selbstständigen Abteilung vorläufig nur einen Versuch machen. Bewährt sich die neue Einrichtung, dann wird immer noch die Entscheidung in der Hand des Reichstages liegen, ob ein selbständiges Kolonialamt gebildet werden soll oder nicht.

Abg. Woermann (nl.): Nicht das deutsche Kapital ist zaghaft in den Kolonien gewesen, vielmehr sind es die deutschen Regierungen und der Reichstag. Wenn die maßgebenden Kreise bei uns gegenüber den neuen Kolonien so zurückhaltend sind, so wird das Kapital natürlich auch zurückhalten. Das ist aber der Hauptgrund dafür, daß die deutschen Kolonien sich bisher noch nicht in der wünschlichen Weise entwickelt haben. (Sehr richtig! rechts.) In früherer Zeit lagen die Verhältnisse ganz anders. Die englischen und niederländischen Kolonialgesellschaften hatten vor allem nicht mit der Eifersucht anderer Nationen zu kämpfen, wie die deutschen Gesellschaften. Engländer, Holländer, Franzosen mögen sich natürlicherweise nicht der Oberhoheit einer deutschen Gesellschaft unterwerfen. Es liegt in der Natur der Sache, daß nur das Reich diese Hoheit ausüben kann. So ist es in Kamerun und Togo geschehen, und diese Kolonien entwickeln sich sehr gut. Den Gesellschaften bereitet die Übernahme der Verwaltung nicht nur finanzielle Schwierigkeiten, sie sind vor allem auch nicht in der Lage, die geeigneten Personen so hinausschicken zu können, wie das Reich.

Es war auch von der Zurückhaltung des hanseatischen Kapitals die Rede. — Dem gegenüber möchte ich hervorheben, daß sich in der letzten Zeit eine Gesellschaft mit vier Millionen, eine andere mit zwei Millionen für Kolonien in Guatemala gebildet haben (Aha! links) eine andere mit zwei Millionen, welche in Sumatra Tabakplantagen betreiben will, ebenso für Java. Das so große Summen angelegt werden in überseeischen Ländern, beweist doch, daß das hanseatische Kapital durchaus nicht zurückhält. Auch für Kamerun haben sich drei verschiedene Plantagengesellschaften gebildet.

Ebenso wie ich jeden Misserfolg in der Kolonialpolitik befürchten muß, muß ich auch der Behauptung widersprechen, daß unsere Kolonien vorher Niemand hätte haben wollen. Vor 20 Jahren hat noch Niemand daran gedacht, daß Ostafrika und Neuguinea so fruchtbare Länder wären. Nur aus diesem Grunde waren diese Kolonien bisher nicht belegt. Außerdem hatten die anderen Nationen da noch alle Hände voll zu thun. Daher sehen wir ja, wie die Engländer mit aller Macht hinterher sind, auch die Ostküste von Afrika sich anzueignen. Ich bin überzeugt, daß wir auch von Ostafrika dereinst noch großen Nutzen haben werden. Daß diese großen Summen sich bis jetzt nicht nach unseren Kolonien wenden, liegt einerseits daran, daß man noch nicht sicher ist, ob sie wirklich den Schutz der deutschen Regierung genießen werden. Andererseits ist auch noch nicht ganz klar, ob die Kolonien sich für solche Unternehmungen wirklich eignen. Lassen Sie uns erst abwarten, was für Erfahrungen mit den Plantagen gemacht wer-

den. Dann wird ganz gewiß das Kapital auch dorthin gehen. Und was wir bisher gesehen haben, spricht durchaus dafür, daß der Plantagenausbau in diesen Kolonien sich rentieren wird.

Abg. Dr. Bamberger (dfr.): Der Abg. Frege hat unserer Partei den guten Rath gegeben, daß wir das deutsche Kapital ermutigen sollten, sich an der kolonialen Bewegung mehr zu beteiligen. Ja, in diesen politischen Räumen hier vertreten wir durchaus nicht das Kapital, weder das mobile noch das Kapital in Grundbesitz; beides ist wohl mehr auf Seiten des Kartells zu suchen (Sehr wahr! links). Wir sind wirklich nicht in der Lage, das deutsche Kapital zu bestimmen, sich an solchen patriotischen Unternehmungen zu beteiligen. In vorliegenden Fällen sind wir überdies der Meinung, daß das, was Sie dem deutschen Kapital als Sachhaftigkeit vorwerfen, nur Gewissenhaftigkeit und Wirtschaftlichkeit ist. Diejenigen, welche einen so hohen Sinn zeigen gegenüber dem Kapital anderer Leute (Sehr gut! links!) verwechseln einfach einen hohen Sinn mit einem weiten Gewissen. Wer großmütig sein will, der greife doch in seine eigene Tasche. Aber das ist eben das Eigentümliche unserer Politik, daß Bedermann viel li ber etwas vom Staate nehmen als dem Staate etwas geben will. Mein Freund Alexander Meyer hat das neulich einmal drastisch in einer Versammlung ausgesprochen, indem er sagte: Staatsbehaltend nennt man diejenigen Parteien, welche möglichst viel vom Staate zu erhalten suchen. (Heiterkeit.) Wenn die reichen Leute etwas für das Kolonialwesen thun wollen, dann mögen sie sich doch den König von Belgien zum Muster nehmen, der aus seiner Tasche fünfzehn Millionen gegeben hat. Aber sich hier hinstellen und auf das Kapital räsonnieren, diese Art Patriotismus ist sehr blöd, und Herr Woermann hat uns ja gezeigt, wo etwas zu holen ist. Wenn eine Kolonialpolitik Auftakt auf Erfolg verspricht, da haben die Herren immer ganz richtig agitiert. Wo völkerrechtlich irgend jemand Schutz fand, wo der Einzelne Gewalten erwarten konnte, da ist die Kolonialpolitik ihnen richtigen Gang der Entwicklung gegangen, indem sie mehr und mehr in der Welt gleich vordringt ohne Monopole und ohne Vorrechte. Die Hamburger haben eine wahre und richtige Kolonialpolitik längst getrieben, bevor die Regierung ihre Art von Kolonialpolitik im Angriff nahm. Gestern natürlich, nachdem einmal das Reich Kolonialpolitik treibt, möchten auch diese Herren möglichst viele Vorrechte auf Reichskosten erzielen. Gestern soll das Reich auf seine Kosten ihre Beamten besolden. Bei den Neuforderungen für Neu-Guinea ist etwas Verartiges im Werke, und wir werden das noch ausführlich besprechen. Sie sagen: wir sollen unsere Kolonialpolitik nicht unfruchtbar nennen und weisen auf England und Holland, was für Kriege England und Holland geführt habe, welche Opfer sie gebracht haben, ehe ihre Kolonialpolitik das geworden ist, was sie heute ist. Ja, was soll denn ein solcher Hinweis bedeuten? Es ist das gerade, wie wenn gelagt wird: Denken Sie einmal an Mozart und Beaumarchais; deren erstes Stück ist auch ausgeschlagen worden, und was sind sie für berühmte Männer geworden? Ja, aber nicht jeder der ausgeschlagen wird, wird nachher ein großer Mann. (Heiterkeit.)

Abg. Woermann (nl.): Es ist richtig, daß wir auch vor dem Reichsschutz nach außerhalb gegangen sind, aber wir haben da keinen deutschen Schutz gehabt, nur ein englisches Kriegsschiff hat uns Schutz gewährt. Herr Bamberger mag das ja ganz nett finden, aber wir freuen uns, daß wir jetzt selbst in der Lage sind, daß unser mächtiges Vaterland uns schützt, daß unsere Regierung stark genug dazu ist, und wir halten es allerdings für einen bedeutamen Zug der internationalen Entwicklung, wenn wir recht viel deutsche Waren auf deutschen Schiffen verschiffen können, und ich hoffe, wir werden aus unserem Kolonialsegen in dieser Beziehung noch sehr erheblichen Nutzen erwachen.

Abg. Richter (dfr.): Die letzteren Ausführungen erinnern geradezu an die im vorigen Jahrhundert herrschende Lehre von der Handelsbilanz. Da galt es als ein Indiz der Weisheit, daß alles im Land und unter den Hoheitsgegenen produziert werden müsse, was im Land konsumiert wird. Wir danken dafür, wenn wir auf den Tabak, auf den Kaffee u. s. w. beschränkt bleiben sollen, der in deutscher

Kolonien produziert wird. Wir wollen das Volk, so gut und billig es nur irgendwie geht, ernähren und kaufen die Ware da, wo sie am billigsten ist, und nur auf dieser internationalen Handelstheilung beruht unser ganzer Handel, unser Verkehr und Gedeihen. Mit einer Verschiebung der Einfuhrverhältnisse würde auch eine Verschiebung der Ausfuhr Hand in Hand gehen, und ich bin erstaunt gewesen, heute eine solche Theorie von einem Herrn aus Hamburg zu hören. Hier im Lande erheben die Tabaksbauer laute Klagen gegen die Regierung, und daneben soll nun das Reich neue Summen aufbringen, um künftig noch die Konkurrenz des ausländischen Tabaks mit dem inländischen zu pflegen und zu unterstützen.

Für uns sind die ganzen Schutzzonen nicht eine Verstärkung, sondern eine Verringerung der deutschen Wucht, weil ke Verlegenheiten mit sich bringen, die in gar keinem Verhältnis stehen zu dem Nutzen der Schutzzonen. Den Schutz in Kamerun konnte Herr Woermann früher eben so gut wie von einem englischen auch von einem deutschen Kriegsschiff haben. Gehörte denn Kamerun England? Kamerun war ein herrliches Land und die Engländer hatten dort auch nicht eine Spur mehr Recht als Deutschland. Sie rufen nach Schutz, aber für uns ist die Frage doch die, ob dieser Schutz nicht sehr viel teurer für das Reich ist als das, was irgendwie von Deutschen dort erworben werden kann, und wenn dieser Schutz uns anderen Staaten gegenüber in Verlegenheit bringt, so liegt die Frage nahe, ob es nicht besser ist, die Produktion dort aufzugeben, statt solche unverhältnismäßige Aufwendungen zu machen, was in Kamerun entstanden ist, in dort vor der Kolonialpolitik entstanden. Zu den früheren Firmen Wörmann, Johannsen und Thormählen ist nichts hinzugekommen. Im Togogebiet findet sich eine einzige Firma aus Bremen. Sie sprechen allerdings von großen Gesellschaften, die sich zur Ausnutzung der Schutzzonen gebildet haben, aber wie viel haben denn diese Gesellschaften tatsächlich an wirklichem Kapital eingesetzt? Und welche Aufwendungen des Reichs stehen diesen Besitzungen der Privatpersonen gegenüber? Für Sie ist es ja recht bequem, wenn Ihre Handelsunternehmungen Ihnen von Reichswegen unterstützt und erleichtert werden. Für uns aber, die wir das Geld zu bewilligen behaftet steht zum Werth Ihrer Unternehmungen, und diese Frage möchten wir verneinen. Wie ist es weiter in den ganzen ostafrikanischen Schutzzonen? Die wirtschaftlichen Unternehmungen sind dort nicht darum zurückgeblieben gewesen, weil sie durch die Ausübung der Hoheitsrechte bisher in Anspruch genommen waren, sondern diese Gesellschaften wollten nur regieren, die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft hat junge Offiziere angestellt, nur um zu regieren, und hat das Reich dadurch in Ungelegenheiten gebracht.

Wenn man betrifft der Kolonialpolitik übrigens an die Wähler appellieren will, so kann man das ja in Form einer Aufführung thun. Wir können die Verantwortung gegenüber den Wählern tragen. Ich denke, die deutschen Wähler werden um so besser fahren, je mehr diese Kolonialpolitik eingeschränkt wird, die die so schon großen Lasten des Landes noch erhöhen. (Beifall links.)

Abg. Woermann: Es ist durchaus nicht zutreffend, daß es nur eine deutsche Firma in Togo gibt. Nach meiner Kenntnis gibt es drei Firmen von Bremen und vier von Hamburg, welche ganz regelmäßig Waren mit meinen Dampfschiffen nach Togo schicken (Burst: aber keine Riedelruffungen!), und auch Riedelruffungen haben wir in Deutsch-Togo. Betreffs Ostafrika ist übrigens schon gestern von der Gesellschaft der Beschluß gefaßt worden, die wirtschaftliche Thätigkeit wieder aufzunehmen und Kapital dazu zur Verfügung zu stellen. Riedelruffungen sind überall im Anfang bei Kolonialunternehmungen gemacht worden. Daraus sind auch wir nicht ausgeschlossen. Was die Bevölkerung über unseren Export denkt, so sollte doch der Herr Richter auch wissen, daß der Export der Engländer hauptsächlich nach holländischen Kolonien geht, der der Holländer fast ausschließlich nach englischen Kolonien geht.

Abg. Richter: Ich habe gar nicht vom Export der anderen Länder gesprochen, sondern nur die Anschauung vertreten, es ist kein Ausfuhrhandel möglich, wo nicht Einfuhrhandel damit in Verbindung

Vom Büchertisch.

* „Russische Soldatengeschichten.“ I. Band. Deutsch von Adolph Brendel. Verlag von M. Schöps in Berlin. Preis: 1 Mk. Ein originelles aber zeitgemäße Unternehmen, eine Reihe von militärischen Lebensbildern und Novellen herauszugeben, welche die eigenhümlichen Einrichtungen und persönlichen Verhältnisse des Soldatenstandes unseres großen östlichen Nachbars schärfst und charakteristischer beleuchten, als dies die längsten theoretischen Abhandlungen können. Das nur das beste und neueste aus der russischen Literatur das Material zu dieser Sammlung bietet, dafür bürgt der Name der Herausgeberin, welche uns schon seit einer Reihe von Jahren die Bekanntschaft mit den beliebtesten Meisterwerken ihres Adoptiv-Vaterlandes vermittelte hat und nunmehr Tolstoi mit seltener Feinsinnigkeit zu übertragen wußte. Ihr Leben inmitten der höchsten Kreise der russischen Aristokratie hat ihren Blick für die Erscheinungen des militärischen Lebens geschärft und hat ihre eigene energische und originelle Persönlichkeit und Lebensführung sie stärker bei der Auswahl obiger Schilderungen geleitet, die ebenso treu, echt und lebenswahr sind, wie der vor dem französischen Zeit in Oranienbaum auf seinem Steppenros photographirte Kosak, welcher den Umschlag der elegant und solide ausgestatteten Broschüre schmückt. Dieser erste Band, ca. 7 Bogen stark, enthält: „Der Lieutenant und sein Bursche“ von Wsewolod Garischin und „Lawrentijew“ von P. S. Nikolajeff. Von unbefangenen ästhetisch-kritischen Standpunkt aus ist der zweiten der beiden Novellen unbedingt der Vorzug zu geben. Es ist ein schwermuthiges Lebensbild — kurz und ergreifend — aber mit so scharfen Strichen gezeichnet, daß man keinen Augenblick an der Wahrheit, weder der inneren noch der äußeren, zweifelt. „Der Lieutenant und sein Bursche“ von Garischin wirkt daneben wie eine scharfe und klare Photographie. Sein Verfasser gehört zu den Realisten des Tages. Er giebt seine Beobachtungen, wie er sie wahrnimmt, mit großer Treue, aber nüchtern und unbarmherzig. Seinem scharfen Auge entgeht nichts; aber was er auch sieht — Humoristisch oder Traurig — er steht ihm als Mann der vollendet Thatsache gegenüber, nicht als Dichter, dessen Phantasie schöpferisch versöhnt und ergänzt, und er überläßt es der eigenen Stimmung des Lesers, das gegebene Motiv in die richtige Beleuchtung zu rücken.

„Die Bären“ von Wsewolod Garischin (gleichfalls von Adolph Brendel übersetzt und im Verlag von M. Schöps in Berlin erschienen) zeigen in der Ausführung dieselben Vorzüge und Mängel, wie seine eben besprochene Erzählung. Doch gesellt sich hier zu den ersten noch die vorzüglichste Kürze, in welcher die östliche, besonders die landschaftliche Umgebung veranschaulicht wird. Das vielarmige Wassernetz des Hochtaufers mit seiner späten Strauchvegetation, das bunte hin und her in den Straßen, die melancholische Stimmung des großen Bibernlagers und vor allem die ergreifende Stille der nächtlichen Steppeneinsamkeit nehmen die Phantasie gefangen. Der Stoff ist tieftraurig; um so trauriger, als er durchaus der Wirklichkeit entnommen ist, und es nichts nützt, darüber nachzudenken, ob diese harte geistige Bestimmung nothwendig war? Der Hauptreiz des tierischen Festes und seine Illustrationen: Bären in Schwarzdruck. Bären in jeder Gestalt, junge und alte, postierliche und ernsthafte, beim Essen und beim Spiel — und alle so lebendig, daß nur das sorgsame Studium nach der Natur der talentvollen Künstlerin, Frau Elisabeth Böhm, einer Russin, diese kleinen Meisterwerke in ihrer Art ermöglicht haben kann. Der Preis des Heftchens beträgt nur eine Mark.

* Die Quixows und ihre Zeit oder die Mark Brandenburg unter Kaiser Karl IV. bis zu ihrem ersten Hohenzollernschen Regenten von Friedrich v. Klöden. Dritte Ausgabe bearbeitet und herausgegeben von Ernst Friedel. Erster Band. Berlin 1889. Weidmannsche Buchhandlung. — Klödens berühmtes, schon 1838 erschienenes Werk über die Quixos und deren Zeit ist schon seit mehr als einem Jahrzehnt vergriffen, und da sich in neuerer Zeit, wohl in Folge des großen Erfolges des Wildenbruchschen Schauspiels, eine größere Nachfrage nach dem Buche zeigt, hat die Verlagsbuchhandlung eine neue Aufgabe zu veranstalten unternommen und die Bearbeitung Herrn Stadtrath Ernst Friedel, dem ausgezeichneten Kenner der märkischen Vergangenheit, bewährten Vorligenden des Vereins für die Geschichte Berlins und Dirigenten des Märkischen Provinzial-Museums, übertragen, der diese Aufgabe auch übernommen hat. Von dieser Bearbeitung liegt jetzt der erste Band vor, welchem bis Weihnachten die zwei anderen folgen sollen. Herr Stadtrath Friedel hat als seinen Grundfaß aufgestellt das klassische Werk Klödens unangetastet zu lassen und nur in den manchmal ermüdenden Gesprächen einige Kürzungen vorzunehmen, am Schlus des Bandes einige, übrigens nur kurze, Anmerkungen hinzuzufügen. Das Klödenschreibe Werk schürt bekanntlich denjenigen Abschnitt der brandenburgischen Geschichte, der dem Regierungsantritt Friedrichs I. von Hohenzollern unmittelbar vorausging und nachfolgte. Die Quixows erscheinen darin nicht als Rautritter und Wegelagerer, sondern als Vertreter des Adels, als Vertreter von Ideen, die wohl der Vertheidigung woch waren, und nur deshalb nicht siegreich, weil sie zu egoistisch ihr eigenes Interesse verfolgten und Rechte Anderer missachteten. Keine Gestalten sind es aber jedenfalls. Doch hat sich Klöden nicht damit begnügt, sondern die Mark Brandenburg mittin in die Geschichte des ganzen Deutschlands hineingestellt und so ein Geschichtsbild jener ganzen Zeit gegeben, welches sich außerdem durch treffliche kulturhistorische Schilderungen von Land und Leuten auszeichnet. Man hat dem Klödenschreibe Werk vorgeworfen, daß es zwischen wissenschaftlicher Geschichts- und Roman schwanke, indessen kann solcher Vorwurf den größten Geschichtsschreibern aller Jahrhunderte gemacht werden, und sein unbestreitbares Verdienst bleibt, daß er zu einer Zeit, in welcher man die großen Ereignisse der Regierung Wilhelms I. noch nicht ahnen konnte, so überzeugungsvoll für die Mission des Hohenzollerngeschlechts und die einzige gewaltige Entwicklung unseres Vaterlandes eingetreten ist.

* „Saluntala“. Eine Dichtung in fünf Gesängen von Friedrich Bodenstedt. — Leipzig. Verlag von Adolf Tieje. — Neben der großen Prachtausgabe von Bodenstedts Saluntala erscheint hier eine kleinere Buchausgabe, auch hübsch und würdig ausgestattet; handlicher und — viel wohlführer als die große Ausgabe. So ist auch dem minder begüterten Theile des bücherkaufenden Publikums die Gelegenheit geboten, sich die anmuthvolle Dichtung anschaffen zu können. Das Schauspiel des Kalidas, die Geschichte des schicksalwenden Erkennungsringes, der Ouschiata und Saluntala verbunden, ist oft bearbeitet worden; auch als „Konzertoper“ vor einigen Jahren. Friedrich Bodenstedt hat sich zuerst und vornehmlich durch seine orientalischen Poeten die Herzen erobert; er führt uns nun noch weiter in den Erdtheil, den wir Menschenwiese nennen, ins Wunderland Indien. In jenem Land, „wo's duftet und leuchtet“ ist die reine, unschuldsvolle Saluntala erblüht, die der König Ouschiata auf der Jagd nach der flüchtigen Gazelle (wie Bodenstedt schreibt) im geweihten Haine erblickt, ihr den Ring mit bedeutungsvollen Worten auf den Finger streift und sich mit ihr verbindet. Wie der König die kaum gewonnene Gattin schon verlassen muß, um die Empörung im Reiche zu dämpfen; wie in den langen Kriegsjahren das Bild der Geliebten verblaßt und sie seiner Erinnerung entschwundet; wie Saluntala mit

ihrem Sohne, dessen Heldenhaftigkeit schon im zarten Alter sich kundgibt, den Königin aufsucht und — ohne ihr Verschulden — den bedeutungsvollen Ring verliert; wie sich zuletzt der arme Saluntala Loso noch glücklich gestaltet: das hat Bodenstedt in den fünf Abschnitten seiner epischen Dichtung sehr reizvoll geschildert. Der Charakter Saluntala ist besonders lieblich herausgearbeitet, das Eigentümliche, Fremdartige der Szenerie überzeugend gemalt. Das folgt ein Werk seinem Dichter ein Aufgebot von Kunst und Sorgfalt gekostet hat, das kommt dem Leser nicht zum Bewußtsein: so leicht und schön liegen die Verse dahin, die ohne Zwang und dem Ohr schmeichelnd in Reimen ausklingen, als könnte es garnicht anders sein. Solche Verse sind besonders geeignet, nicht nur durchs Auge, sondern auch durchs Ohr aufgenommen zu werden. B. L.

* „Bunte Bilder“, von Gustav Strömfeld. Erste Reihe: I. Wanda, ein russisches Reisebild, eingeleitet von Dr. phil. Fritz Naser, II. die Ulanen-Marie, eine Novelle aus der Gegenwart. Ehingen, Verlag von S. Mayer, zu beziehen durch jede Buchhandlung. — Der Autor beginnt seine „bunten Bildern“, eine fortlaufende Reihe von Erzählungen und Bildern aus Natur und Leben, im ersten Bandchen mit zwei spannend geschriebenen Erzählungen. Das abenteuerliche Reisen in Russland, wie es noch vor zwanzig Jahren von den Verlehrungsverhältnissen bedingt war, ist in der Erzählung „Wanda“ lebenswahr geschildert. Alle die Gefahren und Anstrengungen, aber auch die vortrefflich gezeichneten komischen Auftritte, welche die kleine Reisetruppe durchlaufen muß, macht der Leser mit. Eine dramatische Figur ist die Hauptheldin „Wanda“, ein mutvolles, ectrussisches Oftjierskind. Mit dem tragischen Schluß des Bildes hat der Verfasser in Abweichung von der Schablone einen glücklichen Griff gethan, so wehmütig „Wandas“ Geschick den Leser berühren mag. — Mit der Novelle „die Ulanen-Marie“ führt der Verfasser den Leser mittin in das schwäbische Volksleben hinein, auf ein Sedansfest. Ein frisches Kind vom Vande, Marie, des Müllers Tochter, und der wackere Georg, des Hofbauern Sohn, vergefend eine alte Feindschaft ihrer Väter, lieben sich herlich, wenn auch vorläufig hoffnungslos. Am Sedanstag geschieht ein Wunder. Die Bäter höhnen sich aus in die Verlobung ihrer Kinder. Dieses Kunstdstück bringt des strammen Gefreiten Georgs Ulanen-Oberst, ein leutseliger Soldatenalter, zuweg. — In der Komposition des Ganzen, in der Einzelauflösung der Szenen und Durchbildung der Verhältnisse hat der Verfasser vieles Verständnis gezeigt. Beste Erzählungen dürften als angenehme Lektüre sich rasch Freunde erwerben, und sie verdienen es, denn die Darstellungen sind dem Leben abgelauscht.

* Die Ritter von Rüdesheim. Schauspiel in vier Akten von Rudolf Hermann. (Den Bühnen gegenüber Manuscript.) 1889. Berlin. Otto Janke. — Das Schauspiel „Die Ritter von Rüdesheim“ spielt um das Jahr 1400. Die Kreuzfahrt des Ritters Hans Brömser von Rüdesheim, die den Dichter in den „Sagen der Ritterburgen und Bergschlösser“ poetisch angesprochen, hat hier eine dramatische Umgestaltung gefunden. Über die etwaige dramatische Wirklichkeit, über die theatermäßige Wirkung läßt sich natürlich nach bloßer Lektüre nicht urtheilen. Die Handlung ist einfach und wenig verschlungen. Die Charaktere erscheinen gut durchgeführt, die Sprache ist kräftig und poetisch. Über Einzelnes ließ sich rechten, z. B. darüber, daß der muhammedanische Kerkermeister und Beiniger des Pilger-Ritters als notorischer Trunkenbold geschildert wird, während wir doch mit der Erweinung eines Muselmens den Begriff der Möglichkeit zu verbinden gewöhnt sind. Im Großen und Ganzen macht das Schauspiel ein wenig den Eindruck einer romantischen Oper — ohne Musik — und der einleitende Chor im dritten, der Schlusschor im letzten Akt verstärken diesen Eindruck. B. L.

heft. Dr. Woermann hat gerade den besten Beweis für meine Behauptung geliefert, daß der Export durchaus unabhängig von eigenen Kolonien ist, indem er weit mehr Schaus in englischen als in den deutschen Kolonien verkauft. — Es mag wirklich wahr sein, daß 8 Deutsche in Togo leben. Es sind aber immer nur Handlungskommissare, die Herren selbst hüten sich wohl dahin zu gehen. Wenn ein Handlungskommissar auch nur 3 Jahre dort gewesen ist, hat er für sein ganzes Leben an seiner Gesundheit Schaden gelitten. Lohnt es sich dann aber, solche Aufwendungen zu machen, wenn selbst 8 Kommissare dadurch ihren Lebensunterhalt finden? — Ich weiß übrigens sehr wohl, daß auch auf diesem Gebiete Experimente gemacht werden müssen; aber ich meine auch, daß der Herr Reichskanzler mit seiner schweren Bemerkung durchaus Recht hatte, daß diejenigen, die wirtschaftlich an den Kolonien interessiert sind, auch die Verwaltung in Händen haben müssen, weil sie besser bearbeiten können, was für die wirtschaftliche Entwicklung notwendig ist. Die Verwaltung muß sich eben den wirtschaftlichen Interessen unterordnen.

Die Diskussion wird geschlossen.

Abg. Woermann (persönlich): Es ist durchaus unzutreffend, daß die Chefs der Handlungshäuser nicht in die Kolonien gingen. Die Chefs sind alle ein Jahrzehnt oder länger in den Kolonien gewesen. Sie gehen auch heute noch hinaus. Ein Bruder von mir ist beispielweise noch heute in Kamerun.

Abg. Richter (dfr.): Dann sind Sie also besser, als die übrigen Hamburger (Heiterkeit). Ich konstatiere übrigens, daß Herr Woermann meine Behauptung nicht widerlegt hat, daß er mehr Brantwein in den englischen Kolonien als in den deutschen verkauft.

Titel 2 und 3 werden hierauf einstimmig bewilligt.

Abg. Dr. Baumbeck (dfr.): Ich möchte bei diesem Titel unser Verhältnis zur Schweiz zur Sprache bringen. Nach den Mitteilungen in der Kommission soll die Bestimmung, welche im vorigen Sommer zwischen Deutschland und der Schweiz Blasius geprägt hatte, nicht mehr existieren, auch betrifft der Affair Wohlgemuth nicht. Dennoch aber ist bekanntlich der Niederlassungsvertrag gekündigt. Allerdings läuft der selbe erst im Juli 1890 ab. Aber es wäre im Interesse sowohl unserer Landsleute als auch der Schweiz dringend zu wünschen, daß vor Ablauf des alten Vertrages ein neuer zu Stande käme. Gerade bei der Geringfügigkeit des äußeren Anlasses wäre es doppelt bedauerlich, wenn eine Wiederentstehung der guten Beziehungen unterbleibe. Es wird behauptet, daß der Wohlgemuthsche Fall, dessen Einzelheiten ja bekannt sind, nicht vereinigt darf, sondern daß unter den Agenten der Polizei derartige Persönlichkeiten sich öfter finden. Es ist das eine der bedenklichen Wirkungen des Sozialistengesetzes. Es mag sein, daß in Beurtheilung des ganzen Falles man in der Schweiz auch etwas zu weit gegangen ist. Ich entnehme das aus der Erklärung des Schweizer Bundesrates und aus der Thatache, daß aus diesem Anlaß die neue Behörde eines Bundesanwaltes geschaffen worden ist. Aber wenn es wirklich zugleich ein Agent der Sozialdemokratie und ein agent provocateur war und von dem Polizeiinspektor Wohlgemuth wirklich als Vorspieler angefeindet war, dann hätte auch unsererseits die Regierung und das auswärtige Amt das Recht gehabt, den Mann ohne Weiteres zu desakreditieren. Bei der ersten Beratung des Sozialistengesetzes hat ja Herr Minister Herfurth mit aller Entschiedenheit alles weit von sich gewiesen, was irgend einem agent provocateur gleich steht; er hatte erklärt, daß er beim Amtsantritt alle ihm unterstellten Beamten angewiesen habe, alles zu vermeiden, was als Anreizung zu verbotenen Handlungen betrachtet werden könnte. Danach hätte man den Polizeiinspektor Wohlgemuth mit seiner Aeußerung „Wählen Sie mutter darauf los!“ rubig fallen lassen dürfen. Dann hätte man daraus nicht eine Haupt- und Staatsaktion zu machen brauchen. Herr Wohlgemuth hat ja freilich einen Satz dahin interpretiert, er habe nur sagen wollen: „Wählen Sie Ihre Informationen aus der Tiefe hervor, aus allen Ecken und Enden.“ Nur vor dem Dienstfeld eines Beamten machen wir natürlich halt, aber, wenn das der Sinn war, dann ist es doch falsch ausgedrückt und dann lag auch keine Veranlassung vor, einen so ungeeigneten Beamten zu schicken und zu erhalten. Die Schweiz ihrerseits hat die Sache sehr ernst genommen. Es wurde sogar die Frage der Aufrechterhaltung der Schweizer Neutralität venust, die Schweiz erwog ernstlich die Frage ihrer Existenz. Mit der Zeit haben sich ja allerdings die Gemüther etwas beruhigt, man überzeugte sich, daß der Rationondonner noch lange nicht das Zeichen eines Angriffes gewesen war, und sogar der Chef des Generalstabes nahm in dem „wilden“ Land seinen Sommeraufenthalt, ebenso Minister v. Maybach und Herr v. Bennigsen. Dort hat auch vielleicht der Letztere seine Unterredung mit den Deutschen im Auslande gehabt, die auf unsere deutschen Zustände so sehr stolz waren.

Art. 2 des gelindigten Niederlassungsvertrages verlangt, daß ein Deutscher, der sich in der Schweiz niederlassen will, einen Heimathabschein und eine Bescheinigung seiner Behörde haben müsse, daß er sich eines unbescholtene Leumundes erfreue. Die Schweiz weigerte sich aber, die Beibringung dieser Papiere zur unerlässlichen Voraussetzung der Niederlassung zu machen; sie hat zwar das Recht diese Papiere zu verlangen, aber nicht die Pflicht. In der That, wenn sie in Erwägung solcher Papiere die Niederlassung einfach nicht gestatten würde, dann wäre die Niederlassung eines Deutschen in der Schweiz abhängig gemacht nicht vom Gütebefinden der Schweizer Behörden, sondern von dem Platze der Heimathabschriften des Betreffenden. Die Schweiz hat in diesem Artikel 2 ein Recht, aber nicht eine Pflicht. Die entgegengesetzten Deduktionen des Auswärtigen Amtes sind hinfällig. Wenn von einer Bestimmung zwischen uns und der Schweiz nicht die Rede ist, auch nicht davon die Rede gewesen ist, so sollte es unter diesen Umständen doch auch nicht schwer fallen, daß das Auswärtige Amt das alte Verhältnis freundlich nachbarlicher Beziehungen wieder herstellt. Es sind wichtige Interessen auf beiden Seiten in Frage, und ich denke, alle Parteien haben in dieser Sache den gleichen Wunsch. (Weißt links.)

Staatssekretär Graf von Bismarck: Eine Gegnerschaft zwischen Deutschland und der Schweiz hat in der That niemals bestanden, und auch eine Bestimmung zwischen den beiden Regierungen ist nie vorhanden gewesen. Bei dem Meinungsaustausch, der aus Anlaß des Falles Wohlgemuth mit der Schweizer Regierung stattfand, haben wir uns lediglich von der Absicht leiten lassen, die Bundesgenossenschaft dieser Regierung zu gewinnen in dem nothwendigen Kampf gegen die gemeinschaftlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie und gegen die Machthaltung der Sozialdemokratie in der Schweiz. Das ist uns gelungen. Auf die Dauer kann die Schweiz die sozialdemokratischen Umtriebe ebensoviel vertragen, wie alle andern Staaten, und je mehr diese Überzeugung dort durchdringt, umso mehr wird es gelingen, die Machthaltung der Sozialdemokratie in der Schweiz zu erschüttern. Den Fall Wohlgemuth halte ich für erledigt.

Abg. Singer (Soz.): Für uns ist der Fall Wohlgemuth nicht abgeschlossen. Es wird dadurch deutlich bewiesen, daß unter der Ära des Sozialistengesetzes provokatorische Aufreizungen nicht durch die Sozialdemokratie, sondern durch deutsche Beamte vorgekommen sind. (Sehr richtig! Links.) Nach den Enthüllungen, die wir mehrmals gegeben haben, ist es doch sehr merkwürdig, noch von sozialdemokratischen Umtrieben reden zu hören. Es wird auch nicht gelingen, durch bejedete Regierungsorgane Umsturzbemühungen in die deutsche Sozialdemokratie hineinzutragen. Herr Luz war übrigens kein Agent der Polizei; er hat vielmehr von vornherein auch gegenüber den auf Anreizung hinausgehenden Bestrebungen des Polizeiinspektors Wohlgemuth den Beweis führen wollen, daß, wenn überhaupt von provokatorischen Bestrebungen die Rede sein kann, die deutsche Polizei dafür verantwortlich gemacht werden müßte. Es ist nur wünschenswert, wenn solche Bestrebungen der Polizei wieder aufgedeckt werden.

Wir sind der Schweizer Regierung dafür dankbar, daß sie diesen Polizeiinspektor Wohlgemuth des Landes verwiesen hat, und ich spreche dieses offen aus. Es würde zu wünschen sein, daß unsere Be-

hörden ebenfalls solchen Eifer in der Enthüllung derartiger Beamten immer gezeigt hätten. Was will überhaupt die deutsche Polizei in der Schweiz? Was die Sozialdemokratie dort thun, ist öffentlich und widerspricht durchaus nicht den dortigen Gesetzen. Es ist auch vom Standpunkt der Gleichberechtigung der Nationen immerhin etwas stark, wenn man in einem fremden Lande eine Polizei einrichtet zur Überwachung von politischen Überzeugungen.

Abg. Bock (Minden, konserv.): beantragt hierauf Schluss der Diskussion.

Abg. Richter zweifelt die Beschlusshfähigkeit des Hauses an.

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von nur 152 Mitgliedern, das Haus ist also nicht beschlußfähig.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Anträge Reichsbürger und Bohren betr. Sonntags-, Frauen- und Kinderarbeit.)

Schluss 5 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 22. November,

— Die Rückkehr des Kaisers von der Jagd in Leglingen auf dem hiesigen Lehrter Bahnhof wird morgen Abend um 8 Uhr erwartet.

— Die Kaiserin gedenkt, das Präsidium des Reichstages morgen Nachmittag im Neuen Palais bei Potsdam in besonderer Audienz zu empfangen.

— Wie die „Voss. Zeit.“ aus London erfährt, wurde gestern dort und in Windsor der Geburtstag der Kaiserin Friedrich durch Belebung der öffentlichen Gebäude, Geläute aller Glocken und Salutschüsse gefeiert.

— Die Herzogin von Sachsen-Altenburg wird zu einem mehrtägigen Besuch bei der Frau Prinzessin Friedrich Carl von Preußen heute Abend gegen 8 Uhr von Altenburg in Berlin eintreffen und im Palais bei der Frau Prinzessin Friedrich Carl während der Dauer ihres Aufenthaltes in Berlin Wohnung nehmen. Der Herzog von Sachsen-Altenburg hat den Kaiser zur Jagd nach Leglingen begleitet und kommt vorwiegend mit demselben nach Beendigung der Jagden von dort nach Berlin.

— Die Berliner Stadtverordnetenwahlen sind nun vorüber. Wie am Tage zuvor die zweite, so hat gestern die erste Abtheilung ausschließlich liberale Kandidaten gewählt. In einzelnen Bezirken ist nicht einmal der Versuch gemacht worden, der freisinnigen Partei den Sieg zu entwinden. Fast allenthalben ist die Mehrheit eine sehr große. Das Gesamtergebnis der Wahlen ist folgendes: Zu wählen waren 44 Stadtverordnete, es sind 40 gewählt worden, während in vier Bezirken die Entscheidung erst durch Stichwahlen erbracht werden wird. Von den 40 gewählten Stadtverordneten gehören 34 der liberalen Partei, sechs der Sozialdemokratie an. In den Stichwahlen ist die Sozialdemokratie viermal besiegt, zweimal gegen die „Bürgerpartei“ mit relativer Mehrheit, zweimal gegen die freisinnige Partei, welche in diesen Bezirken die relative Mehrheit erlangt hat. Die Bürgerpartei, das Kartell und wie sich die Spielarten der „Mittelparteien“ sonst nennen mögen, haben in keiner Abtheilung nennenswerthen Anhang. „Die Bürgerschaft der Reichshauptstadt“, so schreibt die „Voss. Zeit.“, kann auf diese Tage mit Genugthuung zurückblicken; sie hat eine Regsamkeit, Klarheit und Entschiedenheit an den Tag gelegt, welche anderen Gemeinden als Muster dienen dürfen.“

— Der Bundesrat erließt in der am 21. d. M. unter dem Vorsitz des Vize-Präsidenten des preußischen Staatsministeriums, Staatssekretär des Innern, Dr. v. Voetticher abgehaltenen Plenarsitzung dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines zweiten Nachtrages zum Reichshaushalt. Stat für das Staatsjahr 1889/90 und dem Antrage der Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr, betreffend Ergänzung der Ausführungsbestimmungen zum Zuckersteuergesetz vom 9. Juli 1877, die Zustimmung. Dem vom Reichstage angenommenen Antrage der Abgeordneten von Benda und Genossen wegen Errichtung eines Reichszolltarifamts beschloß die Versammlung eine Folge nicht zu geben, nahm von der Nachweisung der Rechnungsergebnisse der auf Grund der Unfallversicherungsgesetze gebildeten Berufsgenossenschaften für 1888 Kenntnis und genehmigte die Veranfaltung einer neuen Ausgabe der Pharmacopoeia germanica. Der Schluzbericht der Vollzugskommission für den Zollanschluß Hamburgs wurde den Ausschüssen für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr überwiesen. Mit der Vorberatung des Entwurfs einer Verordnung wegen Inkrafttreten des § 140 des Gesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889 wurden die Ausschüsse für Handel und Verkehr und für Rechnungswesen beauftragt. Endlich wurde über mehrere Gesuche auf Zulassung von Aktien auf Namen unter dem gesetzlichen Mindestwert, über die Wiederbesetzung mehrerer erledigter Stellen bei Disziplinarlakammern, sowie über die dem Kaiser wegen der Wiederbesetzung von vier Mitgliedsstellen bei dem Reichsgericht zu unterbreitenden Vorschläge Beschluss erfaßt.

— Die Witu-Gesellschaft befand sich seit der im September abgehaltenen Generalversammlung, in welcher der Jahresbericht vorgetragen wurde, in einer Krise, da sich der Finanzabschluß als ein nichts weniger als günstiger erwies. Eine Anzahl Mitglieder strebte danach, die Gesellschaft aufzulösen, um einen Theil des eingezahlten Kapitals zu erhalten. Von anderer Seite bekämpft man diese Absicht und dieser Theil der Gesellschaft erhielt durch mehrere Vorgänge eine Unterstützung: Einmal belebte die Besitzergruppe der Küste von Witu bis Kisimaju seitens des Reiches die Hoffnungen, dann glaubte man durch die Berufung des bisherigen Gesellschafts-Vertreters in Lamu, Töppen, zum Bevollmächtigten des Sultans von Witu eine Besserung der Verhältnisse erwartet zu können. Nach längeren Verhandlungen hat man jetzt einen anderen Ausweg gefunden, sie soll mit der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft vereinigt werden offendar im Hinblick darauf, daß das neue Schutzgebiet bis zum Juba, dem Gebrauch in anderen Schutzgebieten gemäß, ihnen ebenfalls überwiesen wird. Der eine Gesichtspunkt bei dieser Verschmelzung ist durchschlagend, daß nunmehr das ganze Gebiet an der Ostküste Afrikas, welches dem Reiche gehört, in die Hände einer Gesellschaft kommt, wie ja auch die britisch-ostafrikanische Gesellschaft das ganze englische Gebiet dort in Händen hat. Es wäre zu wünschen, daß der deutsch-ostafrikanische Gesellschaft auch eben so große Mittel zufließen, wie ihrer Londoner Kollegin.

— Die Witu-Gesellschaft befand sich seit der im September abgehaltenen Generalversammlung, in welcher der Jahresbericht vorgetragen wurde, in einer Krise, da sich der Finanzabschluß als ein nichts weniger als günstiger erwies. Eine Anzahl Mitglieder strebte danach, die Gesellschaft aufzulösen, um einen Theil des eingezahlten Kapitals zu erhalten. Von anderer Seite bekämpft man diese Absicht und dieser Theil der Gesellschaft erhielt durch mehrere Vorgänge eine Unterstützung: Einmal belebte die Besitzergruppe der Küste von Witu bis Kisimaju seitens des Reiches die Hoffnungen, dann glaubte man durch die Berufung des bisherigen Gesellschafts-Vertreters in Lamu, Töppen, zum Bevollmächtigten des Sultans von Witu eine Besserung der Verhältnisse erwartet zu können. Nach längeren Verhandlungen hat man jetzt einen anderen Ausweg gefunden, sie soll mit der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft vereinigt werden offendar im Hinblick darauf, daß das neue Schutzgebiet bis zum Juba, dem Gebrauch in anderen Schutzgebieten gemäß, ihnen ebenfalls überwiesen wird. Der eine Gesichtspunkt bei dieser Verschmelzung ist durchschlagend, daß nunmehr das ganze Gebiet an der Ostküste Afrikas, welches dem Reiche gehört, in die Hände einer Gesellschaft kommt, wie ja auch die britisch-ostafrikanische Gesellschaft das ganze englische Gebiet dort in Händen hat. Es wäre zu wünschen, daß der deutsch-ostafrikanische Gesellschaft auch eben so große Mittel zufließen, wie ihrer Londoner Kollegin.

Oesterreich-Ungarn.

* Pest, 21. November. Die beabsichtigte Kossuth-Rundgebung der äußersten Linken ist heute gegenstandslos geworden. Der Ministerpräsident legte dem Abgeordneten Iranyi dar, daß Kossuth, der von fünfzig oder hundert ungarischen Gemeinden das Ehrenbürgerecht angenommen, auch ohne gesetzliche Verfügung ungarischer Staatsbürger verbleibe. Iranyi wird vielleicht dennoch einen Antrag auf Aenderung des Inkolatgesetzes einbringen, ohne jedoch eine Aktion daran zu knüpfen.

— In der heutigen Reichstagsitzung gab es eine wüste Skandalzene. Tisza konnte zehn Minuten lang nicht zu Worte kommen. Die Ordnungsruhe verhalfen wirkungslos. Der Präsident drohte sogar die Schließung der Sitzung an, was die äußere Linke mit Jubel aufnahm. Nach langem Parlamenten hörte endlich der Lärm auf, aber die äußere Linke konversierte laut während Tiszias Rede, so daß diese kaum hörbar war.

Frankreich.

* Paris, 22. November. („Voss. Zeit.“) Der Botschafter Menabrea beschwerte sich gestern beim Minister Spuller darüber, daß die Haltung der französischen Pilger in Rom nicht immer für die italienische Regierung freundlich gewesen sei. Spuller versicherte, daß er eine derartige Handlung nicht billige; er achtet den Glaubenseifer der Katholiken, tadte aber jede feindselige Rundgebung gegen die italienische Regierung. Diese habe Unrecht, vereinzelt Vorfallen eine Wichtigkeit beizulegen, die ihnen nicht zulome. Die gegenwärtige Regierung Frankreichs habe für Volk und Regierung Italiens die aufrichtigsten Sympathien.

Polen.

Posen, 23. November.

— [Stadtverordneten-Ersatzwahl.] Heute Vormittag fand in dem Stadtverordneten-Sitzungssaal im Rathaus für den früheren Stadtverordneten Herrn Rechtsanwalt Herle in der ersten Abtheilung eine Ersatzwahl statt. Es wurden im Ganzen 101 Stimmen abgegeben. Davon entfielen 67 auf Herrn Rechtsanwalt Jacobsohn und 34 auf Herrn Justizrat Szuman. Es ist also Herr Jacobsohn zum Stadtverordneten gewählt.

* Im Naturwissenschaftlichen Verein hielt am 21. d. M. Dr. Freiburg einen interessanten Vortrag über das Thema: Die Energie-Duellen der Natur im Dienste der Menschheit. Der Redner führte Folgendes aus: Neben der Erziehung und Bereitung des eigenen Weizens hat sich der Mensch die Aufgabe gestellt, die Naturkräfte sich nützlich und dienstbar zu machen. Der Erfolg, welchen wir beim Lösen dieser Aufgabe in den letzten Jahrzehnten errungen haben, ist ein überraschender zu nennen. Im Alterthume kannte man nur eine Kraftquelle, die Muskelkraft der Menschen und Thiere, welche zu den verschiedensten Verrichtungen gebraucht wurde. Mit der Kraft ihrer Muskeln bewegten die Leute ihre Ruderboote fort. Die Mühlen wurden durch Menschen oder Thiere in Betrieb gelegt. Was diese Kraftquelle Grobes, ja Staunenswertes leisten konnte, bewundern wir heute noch an den egyptischen Kolossalbauten, den Pyramiden und Obelisken. Sie mehr aber die Sklaverei verdrängt wurde, desto mehr mußte man sich nach anderen Kraftquellen umsehen; auch wurde die Menschenkraft zu kostspielig. Man stellte die Kraft des Wassers und des Windes in den Dienst des Menschen. Mit Hilfe des Windes wurden Schiffe und Mühlen getrieben u. s. w. Erst im Anfange des 18. Jahrhunderts begann man, die enorme Kraft des Dampfes auszunutzen. Die Erfindung der Dampfmaschine steht in engster Beziehung zu dem Auspumpen des Wassers aus den Bergwerken, welches früher mit großen Schwierigkeiten verbunden war. Im Jahre 1700 wurde die erste Dampfmaschine als Wasserhebe-Maschine in einem Bergwerk des Landgrafen von Hessen aufgestellt. Freilich war sie noch sehr primitiv eingerichtet und entsprach nur unvollkommen ihrem Zwecke. Da demächtigten sich die Engländer dieser neuen Erfindung und verwollmachten sie. (Das Modell einer Dampfmaschine ist zur Ansicht ausgestellt.) Im Jahre 1807 wurde von Robert Fulton das erste Dampfschiff in Betrieb gesetzt, und 20 Jahre später trat der geniale Stevenson mit einer neuen Erfindung auf dem Gebiet des Dampfs hervor: er hatte den ersten Dampfwagen, eine Lokomotive, gebaut. Durch die vielseitige Benutzung des Dampfs auch in Fabrikallagen, ist ein großer Umschwung eingetreten. Die immense Kraft des Dampfs, hat die Benutzung der anderen Kräfte fast ganz ausgeschlossen. Unsere Wagen werden jetzt größtenteils nicht von Pferden, sondern vom Dampf fortbewegt; die Mühlen werden nicht durch Wind oder Wasser, sondern durch Dampf getrieben u. s. In neuerer Zeit ist dem Dampf aber eine gefährliche Konkurrenz erwachsen: die Elektricität. Sie ist die vielseitigste Kraft und kann auch zum Treiben von Maschinen benutzt werden. Vor einigen Jahrzehnten schon wurde die elektromagnetische Maschine konstruiert, welche man zum Treiben von anderen Maschinen benutzen kann. Sie hat manchen Vorzug vor Dampfmaschinen: bei ihrer Benutzung ist die Feuers- und Explosionsgefahr völlig ausgeschlossen; auch bedarf sie keiner Bedienungsmannschaft. Zugdem hat man diese Erfindung anfangs nicht praktisch verwertet, weil der Betrieb der elektromagnetischen Maschine ein zu kostspieliger war. Erst als es gelang, elektrische Ströme ohne galvanisches Element herzustellen, und die Dynamomaschine zu konstruieren, wandte man sich der elektro-magnetischen Maschine wieder zu. Erste Maschine wird durch Dampf oder durch einen Gasmotor getrieben und dann mit der elektro-magnetischen Maschine verbunden. Weshalb wird die in Betrieb zu setzende Arbeitsmaschine nicht direkt mit einem Gasmotor oder mit Dampf getrieben? In nicht zu ferner Zukunft wird man in einer Zentralstation eine Dynamomaschine aufstellen, aus der man durch Leitungsdrähte so viel Kraft beziehen kann, um eine gewünschte Arbeit durch eine Maschine zu verrichten, ähnlich so, wie man heute Gas oder Wasser aus einer Zentralstation bezieht. Dadurch würde eine bedeutende Ersparnis für Fiedermann herbeigeführt werden. Mühelos könnten dann auch die Frauen z. B. ihre Nähmaschinen durch den elektrischen Strom in Betrieb setzen. Dieser Vortheil tritt aber einem noch größeren Nutzen gegenüber in den Hintergrund. Was werden wir anfangen, wenn die mächtigen Kohlenlager in der Erde erschöpft sind? Man hat ausgerechnet, daß dieser Fall für England nach 1100 Jahren eintreten muß, aber schon nach 250 Jahren eintreten kann, wenn die Förderung der Kohlen sich in dem Maße steigert, wie es bisher geschehen ist. Für Deutschland kann man ähnliche Zahlen annehmen. Das ist aber nur eine kurze Spanne Zeit im Völkerleben. Manche meinen, man würde, wenn die Kohlenlager erschöpft sind, die Sonnenwärme direkt als Wärmeerzeuger zum Betriebe der Maschinen (durch starke Brenngläser oder Hohlspiegel) verwenden. Das ist aber unaufführbar schon aus dem Grunde, weil nicht immer die Sonne scheint. Es werde, wenn die Kohlenlager sämmtlich erschöpft sein werden, wahrscheinlich die Dynamomaschine mehr zur Geltung kommen, und zu wünschen wäre es im Interesse künftiger Generationen, daß es schon jetzt geschehe. Die Dynamomaschine kann sehr gut durch einen Bach, welcher ein starkes Gefälle hat, oder durch einen Wasserfall in Betrieb

gesetzt und die dadurch gewonnene Kraft des elektrischen Stromes zur zweckentsprechenden Bezugung weiter geleistet werden. Bei Basel z. B. ist schon auf diese Weise eine sorgsame Delokomotive in Bezug auf den Verbrauch der Steinkohlen zum besten kommender Geschlechter eingeführt und bewährt sich vortrefflich. - Bemerkungen wollen wir noch zum Schlusse, daß 2 elektromagnetische Maschinen im Betriebe dem Auditorium vorgeführt wurden.

1. Von der Vereidigung der Rekruten der bietigen Garnison am 16. d. M. ist seitens der bietigen Hof-Photographen A. und J. Geuschnitz eine Reihe von Moment-Aufnahmen angefertigt worden, die gegenwärtig in dem Schauspiel (an der Wilhelmstraße) aushängen. Von den 6 Aufnahmen haben 4 den Heldentod vor dem Provinzial-Kriegerdenkmal, mit den drei Militär-Geistlichen (2 evangelischen, 1 katholischen) zum Mittelpunkte, während bei den anderen Aufnahmen die Rekruten in der Mitte stehen.

* Aus dem Polizeiberichte. Verhaftet: 13 Personen wegen Bettelns und ein Kommiss wegen Unterschlagung. - Beschlagnahmt wurden gestern 3 trichinöse Schweine. - Ein herrenloses, mit zwei Wieden bespanneter Fuhrwerk wurde nach dem Asservationshof geschafft. - Gestohlen wurde ein Kaufmann in der Breslauerstrasse eine Herrenweste im Werthe von 6 M. - Gefunden: ein Armband in einer Drosche und ein schwarzer, halbseidener Regenschirm auf dem Alten Markt in dem Hausschlur des Grundstücks Nr. 38 und 39. - Verloren: ein Portemonnaie mit beträchtlichem Inhalt auf dem Wege vom Wilhelmplatz nach der Paulskirchstrasse und eine Lebensversicherungs-Police, von der Sterbediensteskasse ausgestellt, auf dem Wege von der Büttel nach der Wiesenstraße.

* Bedrohung. Ein betrunkenen Maurer hat gestern Nachmittag in seiner in dem Hause Fischerei Nr. 13 belegten Wohnung großen Lärm verursacht und den Personen, die hinzulanden, gedroht, er werde sie alle mit der Art erschlagen. Erst nach längerer Zeit beruhigte sich der Wütende. Er wird sich wegen der Bedrohung vor dem Strafrichter zu verantworten haben.

Handel und Verkehr.

* Berlin, 22. November. Central-Markthalle. (Amtlicher Bericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in der Central-Markthalle.) Marktlage. Fleisch. Bei starke Zufuhr schlependes Geschäft. Preise dieselben. Wild und Geflügel. Näßige Zufuhr, ruhiges Geschäft. Preise wenig verändert. Fische. Die Zufuhr von russischem Bande und Lachs war bedeutend, im Übrigen spärlich. Preise blieben ziemlich niedrig. Gefäß etwas lebhafter. Butter ruhig, Preise dieselben. Käse. Geringe Zufuhr, guter Verlauf. Gemüse, Obst und Süßfrüchte unverändert. Fleisch. Rindfleisch Ia 56-60, IIa 45-52, IIIa 38-42, Kalbfleisch Ia 56-65, IIa 45-55, Hammelfleisch Ia 50-58, IIa 40-48, Schweinefleisch 60-65 M. per 50 Kilo.

Gerauchtes und gesalzenes Fleisch. Schnitten ger. mit Knochen 80-100 M., Spec. ger. 75-80 M. per 50 Kilo.

Wild. Damwild per Stück 3,00-3,50 M. Hasen per Stück 3,00-3,50 M.

Wild geflügel. Fasanenhähne 2,50-3,00 M., Fasanenhennen 1,50-2,00 M., Krammelsvögel — M., Wildenten 1,00-1,40 M., Seecenter 50-75, Rinden 30-40 Pf., Waldschnecken 2,50-3,00 M., Bezaubnen — bis — Mark, Rebhühner, junge 1,20-1,50 Mark, alte 0,80-1,00 M. per Stück.

Schweines Geflügel, lebend. Gänse, 2,00-3,50, Enten 1,10-1,80 M., Puten 2,50-3,00, Hühner alte 0,70-1,00, do. junge 0,30 bis 0,50 M., Tauben 0,25 bis 0,35 Mark per Stück.

Fische. Hechte 50 Kilo 46-57, Bande 80-100, Barsche 45-47, Karpfen große 80 M., do. mittelgr. 76 M., do. kleine 70, Schleie 96 M., Bleie 50 M., Wund 50 M., bunte Fische (Blöde etc.) do. 18-21 M., Aale, große — M., do. mittelgroße — M., do. kleine — M., Krebs, große, p. Stück — M., mittelgr. 2,50-4,00 M., do. kleine 10 Centimeter 1,25-1,40 M.

Butter u. Eier. Öl- u. weiss. Ia. 122-124 M., IIa. 115-118, schlesische, pommerische und posenische Ia. 120,00-122,00, do. do. IIa. 115-118 M., ger. Hofbutter 110-112 M., Landbutter 85-95 M.

- Eier Hochprima Eier 3,30-3,40 M., Kälber 3,20 M. per Stück netto ohne Rabatt.

Gemüse und Früchte. Dabersche Speiseflocken 1,20-1,60 M., do. blaue 1,20-1,60 M., do. weiße 1,20-1,60 M., Rimpansche Delikatesse 5-6 M., Blätter 6,50-7,50 M. per 50 Kilogr., Blaufrüben, lange per 50 Liter 1,00 Mark, Blumenkohl, per 100 Kilogr. 25-30 Mark, Kohlrabi, per Stück 0,50-0,60 M., Körbchen, inländisch 100 Körp 3 M., Spinat, per 50 Liter 0,75 M., Kochäpfel 3-5 M., Tafeläpfel, diverse Sorten — M. per 50 Kilo, Kochbirnen per 50 Liter 7-8 M., Tafelbirnen div. 10-20 M., Weintrauben p. 50 Kg. div. brutto mit Korb, 25-40 M., ungar. do. 10-40 M., italienische do. 35 bis 40 M., Nüsse, per 50 Kilogr. Franz. Marbotz — M., franz. Cornes — M., rheinische 24-28 M., rumänische — M., Haselnüsse, rund, Sizilianer 25-28 Mark, do. lang, Neapolitaner — M., Paranüsse 35 M., franz. Kakamandeln 92-95 M.

Marktpreise zu Breslau am 22. November.

Festsetzungen der städtischen Marktl- Deputation.	gute		mittlere		geringe		Waare
	Höch- ster	Nie- drigst.	Höch- ster	Nie- drigst.	Höch- ster	Nie- drigst.	
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	
Weizen, weißer	18 80	18 60	18 20	17 80	17 20	16 70	
Weizen, gelber alter	pro	18 70	18 40	18 10	17 70	17 10	16 60
Roggen	100	18 —	17 80	17 60	17 30	17 10	16 90
Gerste	Kilogr.	18 —	17 50	16 —	15 50	14 50	13 —
Hafer	Kilogr.	16 20	16 —	15 80	15 60	15 40	15 —
Erbsen	17 —	16 50	16 —	15 50	14 50	14 —	14 —
Raps, per 100 Kilogramm	31,70	—	30 —	28,50	—		Mark.
Winterrüben	3,90	—	29,50	—	27,80	—	Mark.
Sommerrüben	—	—	—	—	—	—	Mark.
Dotter	—	—	—	—	—	—	Mark.
Schlagschein	21,50	—	20,30	—	18, —	—	Mark.
Hanfsaat	—	—	—	—	—	—	Mark.
Kartoffeln (Detailpreise) pro 2 Liter	0,08	—	0,09	—	0,10	—	Mark.
Breslau, 22. November. (Amtlicher Produktions-Börsen-Bericht.)							
Roggen (per 1000 Kilogr.) fest. Gelünd. — Cr. per November	180,00	Br.	November-Dezember	177,00	Br.	April-Mai	175,00
Hafer (per 1000 Kilogr.) fest. — Cr. per November	160,00	Br.	November-Dezember	160,00	Br.	April-Mai	161,00
Rübsöl (per 100 Kilogramm) still. Gel. — Cr. per November	73,50	Br.	November-Dezember	71,00	Br.		
Spiritus (per 100 Liter a 100 Proz.) excl. 50 u. 70 Mark							
Verbrauchsabgabe, geschäftsl. Gel. — Cr. per Novbr. (50er) 50,00							
Gd. (70er) 30,50 Gd. u. Br. November-Dezember (70er) 30,30 Gd.							
April-Mai (70er) 31,30 Gd.							
Raps (per 50 Kilogr.) ohne Umsatz. Die Börsenkommision.							
Paris, 21. November. Bankausweis.							
Baarvorwahl in Gold	1,288,166,000	Abn.	2,155,000	Frds.			
do. in Silber	1,249,212,000	Abn.	3,485,000	"			
Portef. der Hauptb. u. der Filialen	701,597,000	Bun.	10,778,000	"			
Notenumlauf	3,013,924,000	Abn.	15,715,000	"			
Lauf. Rechn. d. Priv.	419,576,000	Bun.	25,938,000	"			
Guthaben des Staats-	330,304,000	Abn.	8,654,000	"			
Ges.-Vorschüsse	264,082,000	Abn.	4,393,000	"			
Bins. und Diskont-Gt.	10,227,000	Bun.	616,000	"			
Trägnisse							
Verhältnis des Notenumlaufs zum Baarvorwahl	84,21						

Zuckerbericht der Magdeburger Börse.

Breite für greifbare Waare.

A. Mit Verbrauchssteuer.

	21. November.	22. November.
ein Brodgräfinade	—	—
ein Brodgräfinade	—	—
Gem. Raffinade II.	27,50-28,25 M.	27,50-28,25 M.
Gem. Weiss I.	25,50-25,75 M.	25,50-25,75 M.
Kreuzgräfinade I.	—	—
Kreuzgräfinade II.	—	—
Welsche Ia	—	—
Welsche IIa	—	—
Tendenz am 22. November: Ruhig. Brode ohne Angebot, daher ohne Notiz.		

B. Ohne Verbrauchssteuer.

	21. November.	22. November.
Granulitter Buder	15,80-16,20 M.	15,90-16,20 M.
Kornzucker Rend. 92 Proz.	14,85-15,20 M.	14,90-15,30 M.
Rachor. Rend. 75 Proz.	11,00-12,50 M.	11,00-12,50 M.
Tendenz am 22. November: Stetiger.		

Wochensatz 206 000 Cr.

** Wien, 22. November. [Ausweis der Südbahn] vom 12.

bis 18. November 885 999 Fl. Abreise 30 185 Fl.

** London, 21. November. Bankausweis.

Totalreserve 12,034,000 Bun. 65,000 Pf. Sterl.

Notenumlauf 23,989,000 Abn. 274,000 "

Baarvorwahl 19,823,000 Abn. 210,000 "

Portefeuille 19,939,000 Bun. 933,000 "

Guth. der Priv. 23,845,000 Abn. 685,000 "

do. des Staats 5,360,000 Bun. 1,174,000 "

Notenreserve 11,111,000 Abn. 99,000 "

Regierungssicherheiten 15,117,000 Abn. 500,000 "

Projektionswert der Reserve zu den Passiven 40%, gegen 41% vorige Woche.

Clearinghouse-Umsatz 170 Mil., gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres mehr 40 Mill.

Prozentverhältnis der Reserve zu den Passiven 40%, gegen 41% vorige Woche.

Clearinghouse-Umsatz 170 Mil., gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres mehr 40 Mill.

Bankausweis.

Bankausweis.

Bankausweis.

Bankausweis.